Anträge

1. Kompetenzzentrum Gebäudebegrünung und Stadtklima

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

1. Das Kompetenzzentrum „Gebäudebegrünung und Stadtklima e.V.“ berichtet in einem Ausschuss des Kreistages über seine Arbeit und seine Ziele.
2. Die Verwaltung soll im Anschluss an diesen Bericht Wege aufzeigen, wie diese Themen und Ziele im Landkreis weiter verfolgt werden können, und wie die Kommunen die Herausforderungen des Klimawandels mit Unterstützung des Landkreises besser meistern können.

Begründung:

Stadtbegrünung und Stadtklima sind Herausforderungen vieler Kommunen für die Zukunft. Ziel des Kompetenzzentrums „Gebäudebegrünung und Stadtklima e.V.“ ist es, durch Forschung und Entwicklung, Technologietransfer, Weiterbildung, Information und Sensibilisierung dieses Thema zu befördern. So sollen Städte und Kommunen an die Herausforderungen des Klimawandels besser angepasst werden. Urbanen Sturzfluten, Verlust an Biodiversität, städtischen Hitzeinseln und Luftschadstoffen soll besser entgegengewirkt werden.

2. Bericht: Projekt „emissionsfreie Straßenmeisterei“

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

1. Einen ausführlichen Bericht im Kreistag über das Projekt „Emissionsfrei Straßenmeisterei“

2. eine Darstellung, wie die lokale Wirtschaft, Forschung, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft in dieses Projekt eingebunden wird

3. eine Darstellung der Aktivitäten über die Erarbeitung von Zukunftsvisionen

Begründung:

Notwendig erscheinen uns Maßnahmen zur Zukunftssicherung für die lokale Wirtschaft. Dazu eignet sich einen Schwerpunkt auf das Thema Wasserstoffmobilität zu setzen. Lokale Wirtschaft, die Forschung, die Politik, die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft sollen zu einem Austausch über aktuelle und geplante Aktivitäten sowie zur Erarbeitung einer Zukunftsvision zusammengeführt werden.

3. Tariferhöhung

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

Der Kreistag fordert Landrat Eininger auf, im VVS-Aufsichtsrat gegen eine Tariferhöhung zu stimmen.

Begründung:

Die **Tarifreform des VVS** mit der damit verbundenen Nichterhöhung der Ticketpreise war ein Erfolg. Vier Millionen Fahrten mehr mit den Bahnen und Bussen in der Region Stuttgart – dieser Zuwachs ist wesentlich durch diese Reform als erstem Schritt geschehen und er zeigt, dass Tarif doch einen wichtigen Einfluss auf das Nutzerverhalten haben. Es wäre fatal würde man diese positive Entwicklung durch Verteuerung der Tickets abschwächen. Es darf keine Tariferhöhung geben. Es fällt dem Kreistag offensichtlich leicht, 3,5 Millionen Euro für ein Parkhaus für 183 Autos beim Neubau Verwaltungsgebäude in Plochingen auszugeben. Schwerer wird es dann ca. 1 Millionen Euro für den VVS zu finanzieren, um eine Tariferhöhung zu vermeiden. Hier werden falsche Prioritäten gesetzt, hier werden die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

4. **365- Euro-Jahresticket**

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) zur Vereinfachung des bestehenden Tarifgefüges ein im gesamten VVS gültiges 365-Euro-Jahresticket mit monatlicher Zahlungsmöglichkeit für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende, Senioren und Menschen in staatlichen Hilfesystemen (Beziehung von Hartz-4, Grundsicherung, Wohngeld, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) einzuführen.

Begründung:

Im VVS bestehen gegenwärtig eine Vielzahl von aus sozialen Gründen vergünstigten Ticketarten für einzelne Personengruppen. Dieses komplizierte Tarifgefüge steht einer einfachen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region entgegen. Mit der Verschmelzung mehrere Ticketarten wollen wir den Tarifdschungel im VVS lichten.
So gibt es momentan für Schüler*innen verschiedene Zeitticket- und Zuschussoptionen (School-Abo 1,41 Euro/Tag, in Stuttgart 1,31 Euro/Tag), darüber hinaus ein separates Ticket für Auszubildende und nicht zum School-Abo berechtigte Schüler (bisher 59,90 Euro/Monat bzw. 2 Euro/Tag), ein Studierenden-Ticket (bisher 1,38 Euro/Tag), das Senioren-Monatsticket (bisher 1,83 EUR/Tag), sowie vereinzelt vergünstigte Tickets für Menschen im Hilfesystem (z.B. Stuttgart mit 28,16 Euro/Monat bzw. 0,94 Euro/Tag). Besonders im letzteren Fall. besteht dringenderHandlungsbedarf,dadieca.11% armen Einwohner* im VVS-Gebiet in ihrer Mobilität aus finanziellen Gründen erheblich eingeschränkt sind. Ein VVS-weites einheitliches vergünstigtes Jahresticket würde eine

erhebliche Ungerechtigkeit des VVS-Tarifsystems aufheben und eine Lücke im Tarifangebot schließen. Mit einem Euro pro Tag und monatlicher Zahlungsoption bewegt sich das 365-Euro-Ticket beispielsweise auch im Rahmen des Hartz-4 Regelsatzes für Mobilität. Dazu kommt, dass sich aufgrund der VVS-Tarifzonenreform die Einführung eines Sozialtickets durch einen einzelnen Landkreis aufgrund der Vereinheitlichung auf Ringe automatisch auf den Fahrbereich aller Kreise außer Göppingen und Stuttgart erstrecken würde. Einzig sinnvoll ist daher nur die Finanzierung durch den gesamten VVS. Zentrales Ziel ist jedoch die lang überfällige Vereinheitlichung des Tarifsystems und die Schaffung eines für Fahrgäste attraktiven und transparenten Tarifgefüges. Innovative Ticketlösungen zur Förderung und Vereinfachung der ÖPNV-Nutzung sind angesichts der Klimakrise dringend notwendige Bausteine einer nachhaltigen Entwicklung, und werden in diversen Verkehrsverbünden bereits umgesetzt.
Auch profitieren VVS und die Nahverkehrsunternehmen im Landkreis und der Region mittel- und langfristig von einem attraktiven 365-Euro-Ticket, da davon auszugehen ist, dass einmal für den ÖPNV gewonnene Kunden öffentliche Verkehrsmittel auch dann in erheblicher Zahl weiter nutzen, wenn sie nach Abschluss ihrer Ausbildungsphase oder nach einer Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse nicht mehr zum Bezug eines vergünstigten Tickets berechtigt sind. Die positive Auswirkung günstigerer Tickets auf die Fahrgastzahlen zeigt sich ja bereits gegenwärtig als Folge der VVS-Tarifreform.

5. Mobilitätsmangement

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

Die Wirtschaftsförderung soll über Aktivitäten zu betrieblichen Mobilitätsmanagement berichten, um gute Beispiele dieser wichtigen Mobiltätsmaßnahme aufzuzeigen.

Begründung:

Dieser Bericht soll Maßnahmenbündel aufzeigen, die geeignet sind, die betriebsbedingte Personenverkehre zu vermeiden, zu reduzieren, zu verlagern und zu optimieren. Damit sollen Beiträge zur Einsparung umwelt- und klimaschädlicher Emissionen sowie zum Lärm-, Flächen- und Ressourcenschutz geleistet und positive Auswirkungen auf die Luftqualität ermöglicht werden. Die Beispiele sollen Vorbildcharakter und Multiplikatoreffekte entfalten und weitere Betriebe zur Konzipierung und Umsetzung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements aktivieren. Dies entsprechend den Ergebnissen der Prognosstudie und den Ergebnissen des Zukunftdialogs.

6. Schusterbahn

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Verband Region Stuttgart dafür einzutreten, dass der Ausbau einer durchgehenden RB/RE zwischen Plochingen und Bietigheim zeitnah erfolgt.

Begründung:

In zahlreichen Untersuchungen seit 2002 wurde die grundsätzliche verkehrliche Wirkung der „Schusterbahn“ positiv bewertet.
Eine durchgehende Verbindung führt zu Fahrtzeitersparnissen zwischen Kornwestheim und Untertürkheim im Vergleich zu der S-Bahn-Verbindung via Hauptbahnhof von ca. 18 Minuten pro Fahrt. Die Reisegeschwindigkeit wäre auch erheblich höher als die vergleichbare Strecke mit dem PKW. Dies wäre im Interesse der Kreisbewohner und der Aus- und Einpendler in den Landkreis, entfällt bei der Fahrt mit dieser Tangentialbahn doch die störanfällig Fahrt über den Hauptbahnhof.

7. Gemeinsamer Antrag der Fraktion DIE LINKE und der SPD-Fraktion

Förderung der Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung

Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, wie die politische Bildungsarbeit zur Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Förderung der Demokratie im Landkreis Esslingen gestärkt werden kann.
Bei der Erstellung der Konzeption sind die Akteure (u.a. LIGA, Kreisjugendring, Städte und Gemeinden, Schulen, sonstige Träger) zu beteiligen. Zudem ist die Einrichtung einer Fach- und Koordinierungsstelle nach dem Beispiel des Rems-Murr-Kreises (Fachstelle Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention, "DeRex") bei einem Freien Träger oder der Verwaltung zu prüfen.
Im Rahmen der Konzeptionserstellung soll geprüft werden, ob es zudem erforderlich ist, weitere demokratiegefährdende Ideologien miteinzubeziehen.

Begründung:

Spätestens seit dem rechtsterroristischen Anschlag in Halle und dem Mord an dem Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) dürfte klar sein, dass der Rechtsextremismus eine erhebliche Gefahr für unser demokratisches System darstellt. Auch die zuvor erfolgten Anschläge der NSU-Terrorzelle zeigten die Präsenz rechtsextremistisch motivierter Taten in Deutschland. Seit 1990 fielen in der Bundesrepublik 198 Menschen rechtsextremer Gewalttaten zum Opfer (https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/). Auch im Landkreis Esslingen kam es 1992 zum Mord an Sadri Berisha in Ostfildern-Kemnat (https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680567.html).

Vor diesem Hintergrund der sichtbaren Zunahme rassistischer und antisemitischer Ansichten in der deutschen Bevölkerung gilt es mehr denn je, mit politischer

Bildungsarbeit antidemokratische Haltungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und pauschalisierende Abwertungskonstruktionen präventiv entgegenzuwirken.
Wir wollen diese politische Bildungsarbeit zur Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung stärken. In einem ersten Schritt sollen hierfür bestehende Aktivitäten in unserem Landkreis sichtbar gemacht werden. Im Rahmen der Konzeption sollen die bestehenden Akteure zunächst einmal besser vernetzt und koordiniert werden. Ziel der Konzeption ist es, die bestehenden Initiativen und Akteure untereinander durch Vernetzung zu stärken, sowie die Angebote für neu hinzukommende Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteure und Einzelpersonen besser sichtbar zu machen. Zugleich konzentrieren sich vielfache Ansätze vor allem auf die großen Kreisstädte, weshalb auch die Vernetzung und Ausdehnung von Aktivitäten auf den ländlichen Raum mitzuprüfen und unterstützen ist.
Im Rahmen der Konzeptionserstellung soll geprüft werden, ob es zudem erforderlich ist, weitere demokratiegefährdende Ideologien miteinzubeziehen.

8. Gewerbeflächen

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

1. Gewerbeflächenpotentiale im Landkreis zu sammeln und zu bewerten, damit diese reaktiviert werden können, um den Flächenbedarf abzudecken.
2. Die Prognosstudie zeigt die Probleme des zunehmenden Pendlerverkehrs auf. Sie sieht im Bereich Infrastruktur eine zentrale Herausforderung in der „wachsenden Verkehrsbelastung“ durch steigendes Pendleraufkommen. Die Studie fordert daher Beratungsangebote für betriebliches Mobilitätsmanagement zu entwickeln und anzubieten. Auch im Hinblick auf die zunehmende Gewerbeflächenproblematik beantragen wir, Beratungsgebote zu erstellen, die den MIV zugunsten des ÖPNVs favorisieren. Dadurch könnten Flächen frei werden, die bisher als Parkplätze benutzt

Begründung:

Neue Technologien fordern eine Bereitstellung von Flächen für Industrie und Gewerbe. Dies stellt einen verdichteten Landkreis wie den unseren vor große Probleme, sollen doch Böden, die überwiegend landwirtschaftlich genutzt werden, nicht versiegelt werden. Daher ist es notwendig vorhandene Gewerbeflächen zu erfassen und zu aktivieren.

9. Personal

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

Wir beantragen einen Bericht über die Personalentwicklung in der Verwaltung

Begründung:

In den letzten Jahren haben wir erfahren, dass viele der Aufgaben, die für die Planung, die

Kontrolle und die Abnahme von anstehenden Neubauten des Kreises fremd vergeben werden mussten, weil die notwendigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. In manchen Ämtern bleiben Akten monatelang liegen, weil die Zuständigen nicht dazu kommen, sie zu bearbeiten. Wir hören auch von Stress, Überforderung, Erschöpfung und Ausgebranntsein.

In vielen Bereichen sind schon Massnahmen ergriffen oder vorgeschlagen worden, um die Probleme zu beheben und Arbeitssituationen zu verbessern. Dennoch scheint es sinnvoll einen Überblick zu gewinnen, um dort wo es möglich ist, rechtzeitig einzugreifen, Überforderungen zu reduzieren und Verbesserungen zu ermöglichen.

10. Frauen helfen Frauen

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

Wir beantragen, den Zuschuss für den Verein „Frauen helfen Frauen“ um 20 000 Euro ab 2020 zu erhöhen.
Seit 2016 beträgt der Zuschuss unverändert 15 000 EUR.

11. Mietobergrenzen

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege im Landkreis hat im Juli 2019 eine Evaluation zu den Mietobergrenzen im Landkreis vorgelegt. Die Liga hat ebenfalls ein Rechtsgutachten zu den Mietobergrenzen in Auftrag gegeben, das ebenfalls seit August 2019 vorliegt.

Wir beantragen, dass die beiden Dokumente - Evaluation und Rechtsgutachten - in den zuständigen Ausschüssen beraten werden.